

# Ausgabensperre als letztes Mittel

HA 20.03.09

## Haupt- und Finanzausschuss segnet Änderungen im Haushalt 2009 ab – 23 Fraktionsanträge abgewiesen

Hanau (jp). „Die Katastrophe ist die Einnahmeseite“: Hessens Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) zeichnet mit Blick auf das laufende Jahr ein düsteres Bild für die Landeskasse. „Natürlich bleibt Hanau von der aktuellen Krise nicht unberührt, aber im Vergleich zu anderen hessischen Kommunen sind wir etwas besser aufgestellt“, macht Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) zu Beginn der Haupt- und Finanzausschusssitzung (HFA) im Rathaus Hoffnung.

Zur Beratung und Abstimmung im HFA standen einmal der nun vorgelegte geänderte, erstmals doppische Haushalt an als auch eine Vielzahl von Anträgen zum Haushalt 2009 der Stadtverordnetenfraktionen wie der Ortsbeiräte. Kaminsky führte aus, dass sich die Einnahmeseite nicht viel anders darstelle, als bei der Einbringung des Haushaltes im Oktober des vergangenen Jahres. Man habe 2008 mit einem Plus von fünf Millionen Euro abschließen können und habe weiter neun Millionen Euro an Altschulden tilgen können, so der OB vor dem Plenum. Wenn nun Steuereinnahmen wegbrechen, dann wird das auch nicht spurlos an Hanau vorüberziehen, mutmaßt Kaminsky. Die Stadt könne aber mit einem Nachtragshaushalt, eventuell nach der Sommerpause, oder gar einer Haushaltssperre reagieren und somit das entstehende Defizit begrenzen.

### Mehrausgaben durch Verschiebungen

Allerdings erfordere das nun zu berücksichtigende doppische System auch, ständig dazulernen, so Kaminsky weiter. Konkret heißt das; dass es innerhalb des Haushaltes zu Verschiebungen gekommen sei. Insgesamt, so Hanaus Rathauschef weiter, führt der Investitionshaushalt zu einer Belastung des Ergebnishaushaltes.

In nackten Zahlen ausgedrückt bedeutet das, dass die Stadt rund 3,3 Millionen Euro mehr an Ausgaben im Ergebnishaushaltsansatz für das Jahr 2009 veranschlagen muss. Demgegenüber steht eine Minderausgabe von rund einer Million Euro im Investitionshaushalt für 2009. Dies sei insbesondere einer Reduzierung der ursprünglich angedachten und nicht benötigten Kreditaufnahme im laufenden Jahr zu verdanken, so der OB.

### Standard-PC's für Schulen

Der Ergebnishaushalt sah ursprünglich eine Ausgabensumme von 246,5 Millionen Euro vor und beträgt nun 252,2 Millionen Euro. An Erträgen (Einnahmen) waren zunächst 191,3 Millionen Euro eingeplant, diese Summe erhöht sich nunmehr auf 193,7 Millionen Euro. Die Differenzen ergeben sich auch aus der Verschiebung von Ausgaben vom Investitions- in den Ergebnishaushalt, darunter beispielsweise der Posten „Förderprogramm südliche Innenstadt“, in Höhe von 2,1 Millionen Euro auf der Ausgabenseite.

Änderungen gab es im Investitionshaushalt. Neu eingebracht wurden hier beispielsweise das „Klingende Mobil“ mit einer Investition von insgesamt 115 000 Euro, oder die Anschaffung von genormten Computern für die Hanauer Schulen in Höhe von insgesamt 565 000 Euro. Schuldezernent Dr. Ralf-Rainer Piesold erläutert, dass nunmehr die Leasingverträge für die Schulcomputer auslaufen würden. Anschafft werden sollen Standard-PC's, die sich auch standardisiert warten lassen. Die mit 600 000 Euro im Ergebnishaushalt veranschlagte Ausgabensumme für den Posten „Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinien“ in Höhe von 600 000 Euro warf ebenfalls Fragen unter den HFA-Mitgliedern auf. Stadtrat Axel Weiss-Thiel er-

klärt hierzu, dass die im Jahr 2006 von der Europäischen Union beschlossenen Richtlinien bis Ende 2009 auf nationales Recht umgesetzt werden müssten. Dazu zähle unter anderem auch, dass alle für Bürger relevanten Informationen künftig elektronisch einsehbar sein müssten. Auch sollen alle Antragsverfahren (Bauanträge, Wirtschaftsförderung) künftig im Netz zu finden sein. Grundlage seien hier SAP-Programme, die angeschafft werden müssten wie die dazu passende „Hardware“. Die nun anvisierte Summe von 600 000 Euro sei aber erst der Anfang, so Weiss-Thiel. Das Viererbündnis aus SPD, FDP, Grünen und Bürgern für Hanau (BFH) beantragte, den neuen Haushalt samt Verpflichtungsermächtigungen für die voraussichtlich anfallenden Ausgaben (5,1 Millionen Euro für die Unterführung der Frankfurter Landstraße im Zuge des Ausbaus der nordmainischen S-Bahn) zuzustimmen. Die HFA-Mitglieder folgten dem Antrag einstimmig.

### „Nürnberger“ wird nicht ausgebessert

Im Eiltempo wurden darauf die insgesamt 23 Fraktions-Anträge, davon alleine 14 von der Fraktion „Die Linken“, und 50 Ortsbeirats-Anträge abgehandelt. Der HFA folgte dabei im Abstimmungsverhalten strikt den Empfehlungen der jeweiligen zuvor sich beratenden Ausschüsse, wobei alle der 23 Anträge abgelehnt wurden. Ein knappes Nein bekam beispielsweise der Antrag der CDU, vorgebracht von Hildegard Geberth, man möge die marode Straßendecke der Nürnberger Straße ausbessern. Stadtrat Weiss-Thiel erklärte hierzu, dass es mit einer Ausbesserung nicht getan sei, vielmehr sei eine grundlegende Sanierung nötig. Hier wolle man das Ergebnis des „Wettbewerblichen Dialogs“ abwarten, so Weiss-Thiel. Keine Zustimmung fand so auch ein

Antrag der Linken, eine Mensa für 2,8 Millionen Euro in der Tümpelgartenschule im Zuge der Umwandlung zur integrativen Gesamtschule zu errichten.

Wer dann eine gründliche Diskussion über die insgesamt 50 Antragspunkte der Ortsbeiräte erwartet hatte, sah sich getäuscht. Das Lob Kaminskys für die Arbeit der Ortsbeiräte, die seit einem Jahr „hocheffizient“ als „Seismographen“ in den Stadtteilen für die Stadt mitarbeiteten, fand ungeteilte Zustimmung im Plenum. Allerdings machte Kaminsky auch deutlich, dass mancher Wunsch aus den Stadtteilen, der eine sechs- bis siebenstellige Summe kosten würde, definitiv nicht im Haushalt darstellbar und damit auch nicht erfüllbar sei. Hingegen aber kleinere Anliegen wie etwa der Wunsch der Steinheimer und Klein-Auheimer nach einer gemeinsamen Skater-Anlage für Jugendliche durchaus realisierbar sei, wenn sich denn dafür ein geeigneter Ort finden würde. Ein millionenschweres Mehrgenerationenhaus, wie in Mittelbuchen gefordert, sei dagegen nicht realisierbar.

Cornelia Gasche (SPD) für das Viererbündnis sprechend wie auch der OB – „geben Sie das Paket komplett als 'Arbeitsblatt' in den Magistrat“ – empfahlen dem Ausschuss, das gesamte Antragspaket der Ortsbeiräte zur Umsetzung in den Magistrat zu überweisen. Dort sollen die Anträge sukzessive abgearbeitet werden. Vorteil dieses Verfahrens: Die Anträge können zunächst nicht abgelehnt werden.

Der HFA folgte schließlich der Empfehlung mit fünf Ja- und zwei Neinstimmen. Somit erlebte der Haupt- und Finanzausschuss die wohl kürzeste Sitzung seiner Geschichte. „Nachdem wir nun den Paketdienst beauftragt haben, können wir die Sitzung nach zwei Stunden schließen“, schickte Vorsitzender Ronald Battenhausen die Abgeordneten nach Hause.